



DIE LINKE.



SPD Ronsdorf • I. Rode • Heidter Str. 81 • 42369 Wuppertal

Bezirksvertretung Ronsdorf
z.H. Frau Limberg
Marktraße 21

42369 Wuppertal

SPD Wuppertal
Fraktion in der
Bezirksvertretung Ronsdorf
Die Fraktionssprecherin
Ingrid Rode
Heidter Str. 81
42369 Wuppertal
Tel. 0202 462823
ingrid.rode@spd-ronsdorf.de
www.spd-ronsdorf.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Datum
18.06.2014

Zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2014
ATO Einschränkungen des Betriebs des Ronsdorfer Bürgerbüros

Antrag

Die Bezirksvertreter der SPD, der Grünen, der FDP, der Linken und der WfW beantragen, die Bezirksvertretung Wuppertal- Ronsdorf möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Ronsdorf fordert Herrn Oberbürgermeister Peter Jung auf, den Rat der Stadt Wuppertal umgehend von der Einschränkung des Betriebs der Bürgerbüros Cronenberg, Langerfeld-Beyenburg, Ronsdorf und Vohwinkel zu unterrichten und die ab 16.06.2014 angeordnete Maßnahme vorläufig auszusetzen oder mit sofortiger Wirkung wieder rückgängig zu machen.

Die Bezirksvertretung Ronsdorf sieht in der kurzfristig angeordneten, „vorübergehenden“ Maßnahme keine organisatorische Verwaltungsentscheidung, sondern einen weiteren Schritt zur Umsetzung eines falschen und fehllaufenden Konzeptes. Sie fordert den Rat der Stadt Wuppertal erneut auf, die offensichtlich unausgeglichene Aufgabenkonzentration und die Personaleinsparung in Form der „Leistungseinheit Bürgerservice“ umgehend in Gänze zu stoppen. Damit könnte der neu gewählte Rat der Stadt Wuppertal endlich ein Signal setzen, dass moderne Haushaltsführung höhere Ansprüche stellt und andere Instrumente verlangt als lediglich Zentralisierung, Mittelkürzung und Personalabbau.

Begründung:

Immenser Besucheransturm, stundenlange Wartezeiten und hoher Personalausfall im Einwohnermeldeamt am Steinweg – wie im Mitteilungsschreiben vom 11.06.2014 des Oberbürgermeisters angeführt - sind keineswegs eine unvorhersehbare Ausnahmesituation, sondern waren zu erwarten. Eine vorübergehende Personalverstärkung wird die Situation nur kurzfristig entspannen aber nicht lösen. Allerdings dient die Maßnahme hervorragend zur Vorbereitung der endgültigen Schließung der vier Bürgerbüros in Cronenberg, Langerfeld-Beyenburg, Ronsdorf und

Vohwinkel und damit zur Durchsetzung des Verwaltungskonzeptes „Leistungseinheit Bürgerservice (Maßnahme 13.2 des Haushaltssicherungskonzeptes)“.

Gegen dieses Konzept hatte sich die Bezirksvertretung Ronsdorf bereits in ihrer Sitzung am 06.07.2010 klar ausgesprochen und auf die zu erwartenden Probleme hingewiesen (siehe Anlage). Trotz der zwischenzeitlichen Erfahrungen versucht die Verwaltung, ihre Vorstellungen „in kleinen Schritten“ durchzusetzen.

Die grundsätzliche Zustimmung des Rates zum HSK kann aber nicht rechtfertigen, eine so wichtige Entwicklung bei kommunalen Dienstleistungen und Bürgernähe in Wuppertal – bei aller heutiger widersprechenden Erfahrung – weiter allein der Verwaltung zu überlassen. Der Rat der Stadt Wuppertal gehört als verantwortliches Gremium mit dieser Angelegenheit erneut befasst.

Mit freundlichen Grüßen

—
gez.

Ingrid Rode, SPD

Paul Yves Ramette, Bündnis 90 Die Grünen

Jürgen Köster, Die Linke.

Martina Sitko, FDP

Heidrun Leermann, WfW

Anlage

(Auszug aus der Sitzung der BV- Ronsdorf vom 06.07.2010)

Die Bezirksvertretung Wuppertal-Ronsdorf fordert den Rat der Stadt- Wuppertal auf, die in der weiteren Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts vorgesehene Maßnahme 13.2 „Schaffung einer Leistungseinheit Bürgerservice“ wegen ihrer finanziell mehr als fraglichen Wirksamkeit und der kontraproduktiven Wirkung als vermeintlich neues bürgernahes Serviceinstrument ersatzlos zu streichen und politischen Schaden für die Kommune Wuppertal beim Bürger abzuwenden.

Die Bezirksvertretung Wuppertal- Ronsdorf stellt fest, dass sowohl die ursprünglich vorgesehene Streichung der stadtteilnahen Bezirksverwaltungsstellen wie auch die jetzt geplante Einschränkung der Öffnungszeiten einen Rückschritt für den effizienten bürgernahen Verwaltungsservice darstellt, der nur bei einer daraus folgenden klaren Verringerung des Wuppertaler Haushaltsdefizits vermittelbar wäre. Diesen Nachweis bleibt die Vorlage schuldig.

Es ist jedoch offensichtlich, dass bei gleichbleibendem Bearbeitungsumfang allein durch Einschränkung der Öffnungszeiten und des Verweises auf andere Ansprechstellen in Wuppertal keine Kostenminderung erzielt werden kann.

Vielmehr muss eine haushaltswirksame Umsetzung des neuen „Bürgerservice“ eine deutliche Einschränkung des Angebots und des Personaleinsatzes realisieren. Ein solches Vorgehen wird in der Antwort der Verwaltung vom 25.06.2010 auf den Beschluss der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 15.06.2010 bereits klar angedeutet.

Das heißt die Einführung der neuen „Leistungseinheit Bürgerservice“ in der Stadt Wuppertal führt für den Bürger neben einer schlechteren Erreichbarkeit unweigerlich zu einschneidenden Serviceeinschränkungen, längeren Wartezeiten und längeren Bearbeitungszeiten und erhöht die Belastung des städtischen Personals.

In Ronsdorf kommt hinzu, dass langfristige Mietverpflichtungen der Stadt im jetzt genutzten Gebäude Marktstraße 21 jeden Kostenvorteil weiter mindern und bei eventuell länger leer stehenden Räumlichkeiten die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme noch mehr in Zweifel ziehen.

Die Stadt Wuppertal begibt sich hier zum wiederholten Mal auf den Weg, gravierenden haushaltsstrukturellen Problemen mit verwaltungstechnischen Schein- und Kleinstlösungen zu Lasten ihrer Bürger zu begegnen.

Die Bezirksvertretung Ronsdorf appelliert an die Fraktionen im Rat der Stadt Wuppertal, angesichts der negativen politischen Wirkung dieser Maßnahme diese nicht lediglich im Zuge einer banalen Information über Geschäfte der laufenden Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen, sondern die gebotene Abwägung zwischen vernünftiger Defizitminderung und bürgernaher kommunaler Selbstverwaltung vorzunehmen und verantwortlich im Rat der Stadt Wuppertal anders zu entscheiden.